

NETZWERKinfo

Ausgabe Juli 2015

Inhalt

Kooperationsstelle

Braunschweig

Studierendenarbeit	2
Veranstaltungen	2
Durchlässigkeit / Fachkräfteentwicklung ...	3

Kooperationsstelle

Hannover

Jahrestagung	4
Vortrag „Fleischkapitalismus“	4
Vortragsreihe „Wege ins Paradies“	5

Kooperationsstelle

Göttingen

Zeiterfassungsstudie LehrerInnen	6
Arbeiten in verteilten Teams – virtuelle Kommunikation	7
Virtuelles Teilnehmendenmanagement	7

Kooperationsstelle

Oldenburg

Ausstellung	8
Seminare Universität	8
Tagungen	8
Forum Berufsbildung	9

Kooperationsstelle

Osnabrück

Europäische Integration	10
Regionale Sozialpolitik und Europa	10
Osnabrücker Ermutigung	11
Studierendenarbeit & Hochschulpolitik ...	11

Editorial

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

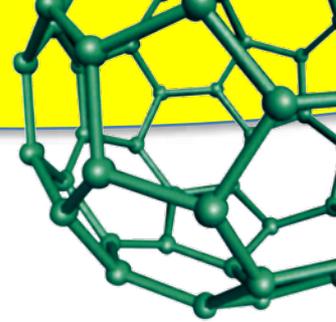
wie gewohnt finden Sie in diesem „Info“ einen Rückblick auf die wichtigsten Aktivitäten der Kooperationsstellen in Niedersachsen und Bremen.

Wir wollen die Gelegenheit nutzen, auf unsere gemeinsame „Netzwerktagung“ aufmerksam zu machen: Am **5. November** diskutieren Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Gewerkschaft das Thema **„Arbeit 4.0: Dienstleistungspolitik, die andere Seite der Medaille“**. „Arbeit 4.0“ umschreibt die Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung. Sie wird vernetzter, digitaler, flexibler. Die digitalen Möglichkeiten verändern die Produktionsprozesse und Wertschöpfungsketten grundlegender als andere Automatisierungswellen zuvor, und auch der Dienstleistungssektor ist erfasst. Dienstleistungen tragen einen wachsenden Anteil an der Wertschöpfung in Deutschland. In Bezug auf Beschäftigungspotenziale haben sie der Industrie inzwischen sogar den Rang abgelassen. Auch in Zukunft werden industrienah und soziale Dienstleistungen in Deutschland die größten Beschäftigungs- und Wachstumspotenziale bieten.

Die Zukunftsdebatten um die Rahmenbedingungen und die Ausgestaltung dieses Veränderungsprozesses sind aber bisher sehr auf die Industrie und Industriepolitik fixiert und ignorieren weitestgehend die Potenziale der gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen. Die Netzwerktagung nimmt deshalb ganz bewusst den anderen Blickwinkel ein. Ziele sind, den Stellenwert der Dienstleistungen für den Standort Niedersachsen aufzuzeigen und gemeinsam zu überlegen, wie und unter welchen Bedingungen ein moderner Dienstleistungssektor zukunftssicher ausgestaltet werden kann. Dienstleistungspolitik wird dabei sowohl als Bedingung als auch als Voraussetzung für eine (neue) Industriepolitik verstanden. Dienstleistungspolitik ist also die „andere Seite der Medaille“ für die notwendigen strukturpolitischen Maßnahmen der Landesregierung. Die Tagung findet in den Räumen des ver.di Landesbezirks Niedersachsen-Bremen, Goseriede 10, in Hannover statt.

Nun aber viel Spaß bei der Lektüre des Netzwerk-Infos!

Die Kooperationsstellen Hochschulen – Gewerkschaften in Niedersachsen und Bremen



Kooperationsstelle Braunschweig

Studierendenarbeit:

Im Mai beteiligte sich die students@work-Beratung zum ersten Mal am HIT der TU Braunschweig. Organisiert von der Zentralen Studienberatung besuchten fast 2000 Schüler*innen, aus Niedersachsen und darüber hinaus, den Hochschulinformationstag. Sie informierten sich über Studien- und Beratungsangebote.



Mit Informationen rund um das Thema „Studium und Job“ war students@work am 27. Juni wieder in der „Beratungslounge“ im Rahmen der „TU-NIGHT – Die Wissenschaftsnacht“ aktiv. Mehr als 25.000 Besucher*innen sorgten für einen Erfolg dieser Veranstaltung.

Veranstaltungen:

Im Kontext der seit Wochen andauernden Demonstrationen, zunächst in Dresden später auch in anderen Städten, gegen eine „Islamisierung des Abendlandes“ organisierte die Kooperationsstelle am 29.01. zusammen mit dem Institut für Sozialwissenschaften die Veranstaltung „**Pegida – neue Tendenzen in unserer Gesellschaft**“. Ca. 400 Gäste verfolgten den Vortrag von Prof. Dr. Hajo Funke, FU Berlin, und die anschließende von Prof. Dr. Ulrich Menzel, TU BS, moderierte Podiumsdiskussion. Der Vortrag von Prof. Funke ist hier zu finden: <https://www.youtube.com/watch?v=zTvtkicGNdk>

Am Vorabend (19.03.) des bundesweiten Equal Pay Day lud die Fakultät Maschinenbau zum „**Dinner in Red**“. Kurze Tischreden von Gästen aus der Arbeitswelt bildeten den Rahmen zum Dialog über Gehaltsverhandlungen, Lohntransparenz, Karriereplanung und Chancengleichheit. Die Kooperationsstelle nahm an der Veranstaltung teil und vermittelte den Besuch von Petra Patzke, Betriebsrätin BMA, und Brigitte Runge, IG Metall Salzgitter-Peine.

Die Vortragsreihe „**Studium, Praktikum, Job, Beruf – Rechte, Pflichten und Strategien für das Studium und die Zeit danach**“ im überfachlichen Professio-

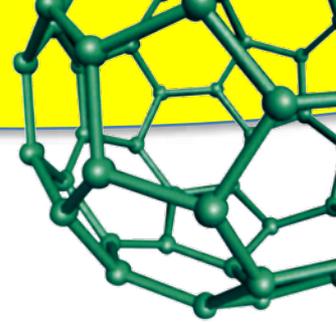
nalisierungsbereichs der HBK wurde im SoSe 2015 wieder angeboten. Neben den schon bekannten Themen „Bewerbungen / Bewerbungssituationen“ und „Stolpersteine bei Selbstständigkeit“ ging es diesmal auch um „Chancen, Regeln und Rechte in den sozialen Medien“ sowie um „Wissenswertes zur Künstlersozialkasse (KSK) – die Sozialversicherung für Künstler*innen und Publizist*innen“.

Die Zusammenarbeit mit der Gruppe „Wissen und Kritik“ im Rahmen der interdisziplinären **Veranstaltungsreihe „Zukunftsfragen – kontrovers“** führte im Berichtszeitraum zu drei Veranstaltungen: am 26.01. mit einer Diskussion zwischen Ministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić und Prof. Dr. Regine Kollek, Hamburg, zum Thema „Ethik der Wissenschaften – Hochschule zwischen privater Aneignung und politischer Steuerung“. Am 22.06. diskutierten Tim Janßen, Cradle to Cradle e.V. Berlin, und Prof. Dr.-Ing. Christoph Herrmann, TU Braunschweig, „Restlos nachhaltig? Kontroverse Nachhaltigkeitskonzepte in den Ingenieurwissenschaften“ und am 06.07. referierte Dr. Ljiljana Verner aus Hannover zum Thema „Der Krieg geht weiter – Gesundheitliche und soziale Folgen der Kriege auf dem Balkan“.

In Kooperation u. a. mit dem DGB fand am 12.06. die 4. Sozialkonferenz Region Braunschweig statt. Unter der Überschrift „**Vielfalt in der Arbeitswelt: Alle in die Arbeitswelt einbinden – Inklusion in Betrieb und Alltag**“ wurden, mit Hilfe der Fishbowl-Methode, Fra-

gen diskutiert wie „Was heißt Inklusion in Unternehmen? Geht es nur um barrierefreie Arbeitsplätze? Oder auch um barrierefreie Kommunikation und die Barrieren in den Köpfen der Mitarbeitenden? Gibt es positive Beispiele, also Unternehmen, die Menschen mit Einschränkungen beschäftigen? Das Hauptreferat mit dem Titel „Inklusiv gestaltete Berufsausbildung: Reformvorschläge im Spiegel von Expert*innenmeinungen“ hielt Frau Prof. Dr. Ruth Enggruber von der Hochschule Düsseldorf. Am 28. Mai fand das Auftakttreffen der Netzwerkinitiative für Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen „**WeMeet – Gemeinsam forscher**“ des Centrum für Informatik und Informationstechnik (tubs.CITY) der TU Braunschweig statt. Die Leiterin der Kooperationsstelle hielt einen Impulsvortrag zum Thema





„Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“.

Durchlässigkeit / Fachkräfteentwicklung:

Am 20. November 2014 fand in Kooperation mit der Allianz für die Region GmbH der erste sozialpartnerschaftliche Branchendialog mit dem Thema „Fachkräftebedarf in der Kranken- und Altenpflege in der Region Braunschweig-Wolfsburg“ statt. Nach den interessanten Vorträgen und einer angeregten Aussprache sind die Teilnehmenden übereingekommen, die Diskussion fortzusetzen, den Austausch über die Fachkräfteproblematik zu vertiefen und Maßnahmen zu definieren, die auf der Ebene der Pflegeeinrichtungen bzw. der Ausbildungsstätten allein nicht bearbeitet werden können und deshalb ein gemeinsames Vorgehen nahelegen. Dies geschieht nun unter der Regie der Allianz für die Region und unter Beteiligung der Kooperationsstelle im Rahmen eines **„Regionalen Netzwerks Fachkräftesicherung in der Pflege“**. Das Auftakttreffen fand am 3. Juni statt. Themen, die gemeinsam weiter verfolgt werden sollen sind u. a. Aus- und Weiterbildung in der Pflege und Veränderungen der beruflichen / betrieblichen Kompetenzanforderungen, Arbeitgeberattraktivität und „Gute Arbeit“ in der Pflege, Marketing für Pflegeberufe, Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland sowie Betroffene zu Beteiligten zu machen. Begleitet wird der Dialog von Prof. Tobias Immenroth, Fakultät Gesundheitswesen der Ostfalia, Leiter des Teilprojektes „Regionale Weiterbildungspotenziale als Basis für die Kompetenzentwicklung von Gesundheitsfachpersonal (regioWB) im Rahmen des BMBF-Verbundprojektes „Kompetenzentwicklung von Gesundheitsfachpersonal im Kontext des Lebenslangen Lernens (KeGL)“.

In Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem ver.di-Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen fand am 24. Juni die Tagung **„Dienstleistungen 4.0 – Perspektiven und Herausforderungen“**



statt. Mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten am Vormittag die Vorträge von Michael Fischer, ver.di Bundesvorstand Bereich Politik und Planung (Stellvertreter von Frank Bsirske, der kurzfristig absagen musste), Prof. Dr. Josef Hilbert, Institut Arbeit und Technik, und Matthias Wunderling-Weilbier, Landesbeauftragter für regionale Lan-

desentwicklung Braunschweig. Nachmittags diskutierten Rifat Fersahoglu-Weber, Vorsitzender des AWO-Bezirks Braunschweig, Prof. Dr. Jürgen Hesselbach, Präsident der TU Braunschweig, und Klaus Mohrs, Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg, ihre Erwartungen an eine moderne Dienstleistungspolitik für die Region. Mehr zu dieser Veranstaltung: <http://www.koop-son.de/Dienstleistungstagung.144.0.html>

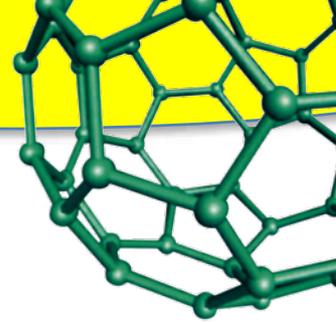


Im Rahmen des **Zukunftsforums Niedersachsen** erarbeiteten ca. 120 Expertinnen und Experten Empfehlungen zum Umgang mit Bildung und Mobilität im Zeichen des demografischen Wandels. Hierfür wurden drei Arbeitsgruppen mit jeweils drei Unterarbeitsgruppen zu den Themen Mobilität (Mobilität auf dem Lande/ÖPNV, Mobilität für alle Generationen, Technologien zur Unterstützung der Mobilität), Bildung I (Frühkindliche Bildung, Schulische Bildung, Informelle Bildung) und Bildung II (Berufliche Bildung und Berufsorientierung, Hochschulische Bildung, Lebenslanges Lernen) eingesetzt. Entsandt von ver.di arbeitete die Leiterin der Kooperationsstelle in der Unterarbeitsgruppe „Hochschulische Bildung“ mit. Alle Ergebnisse wurden nun in Form einer Broschüre am 2. Juni im Rahmen des Zweiten Demografiekongress der Landesregierung der Öffentlichkeit vorgestellt. Download der Broschüre: <http://www.stk.niedersachsen.de/startseite/themen/demografie/2-demografiekongress-der-niedersaechsischen-landesregierung-133878.html>

Kooperationsstelle Hochschulen-Gewerkschaften SON an der TU Braunschweig

Marianne Putzker
Bültenweg 74 / 75, 38106 Braunschweig
Tel.: 0531 391-4280

koop-son@tu-braunschweig.de
www.koop-son.de



Kooperationsstelle Hannover

Jahrestagung

Auf der Jahrestagung der Kooperationsstelle am 2. März 2015 hatten die knapp 100 Teilnehmenden im Leibnizhaus Hannover die Gelegenheit, sich mit unterschiedlichen Positionen zum Thema „**Industrie 4.0**“ auseinanderzusetzen.

Das Eingangsreferat von PD Dr. Andreas Boes, ISF München, beschäftigte sich mit dem Strukturwandel in der Wirtschaft und vier zentralen Ebenen der Veränderung. Erstens würden Wertschöpfungsketten weiter vernetzt und globalisiert, außerdem sei der dabei genutzte Informationsraum selbst Ausgang einer neuen Industrialisierungswelle. Drittens wandeln sich die Unternehmen vom bürokratisch-fordistischen Modell zum neuen Leitbild des „systemisch integrierten Unternehmens“ („agiles Unternehmen“). Schließlich erlebten die Beschäftigten den Strukturwandel der Arbeit als grundlegende Veränderung gepaart mit Unsicherheitserfahrungen und Abstiegsängsten insbesondere der Mittelschichten. Boes plädierte mit Blick auf diese Entwicklungen für eine gesellschaftliche Debatte u.a. bzgl. Datenschutz, Sozialversicherungen und Arbeitsrecht.



Tagung „Schöne neue Arbeitswelt? Industrie 4.0 und die Folgen“

Im Mittelpunkt der Ausführungen von Jonas Mayer vom Institut für Fabrikanlagen und Logistik der Leibniz Universität Hannover (LUH) standen die zukünftigen Herausforderungen in der Logistikbranche. Die Potenziale durch Industrie 4.0 sieht Mayer in der Steigerung der Datenqualität, -quantität, -auflösung und -aktualität. Eine verbesserte Datengrundlage führe zu einer exakteren Beschreibung von Produktionssystemen durch logistische Modelle und damit zu effizienteren Prozessen bei der Produktion komplexer Güter. Zugleich stellte er klar: Arbeitsrechtliche Fragestellungen dürfen nicht außer Acht gelassen werden.

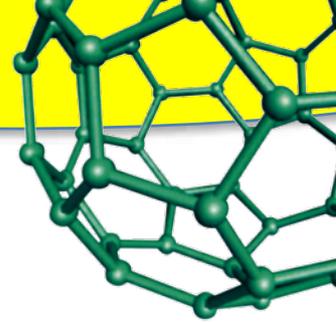
Dr. Elisabeth Wienemann, Lehrbeauftragte am Institut für interdisziplinäre Arbeitswissenschaften an der LUH, beschäftigte sich aus der Sicht ihrer Disziplin mit dem Thema „Industrie 4.0“. Positiv seien u.a. größere Freiheitsgrade, Kreativität, Selbststeuerung, Vernetzung, Selbstverwirklichung und Spaß bei der Arbeit. Als negative Auswirkungen benannte sie eine stärkere Arbeitsintensivierung, Verfügbarkeitskultur (Entgrenzung), Flexibilisierung, Beschleunigung, Marktdruck, Kontrolle durch Kennzahlen, Selbstausbeutung, Prekarisierung und Entsolidarisierung. Konkrete Gestaltungsansätze sah sie in einem praxisorientierten Ausbau technischer Inhalte in der Aus- und Weiterbildung, bzgl. lernförderlicher Arbeit sowie in der Identifizierung von Chancen technologischer Entwicklungen z.B. für leistungsgewandelte Mitarbeiter_innen.

Welf Schröter vom Forum Soziale Technikgestaltung beim DGB-Bezirk Baden-Württemberg, Stuttgart, erwartet bzgl. künftiger Veränderungen eine geringere Anzahl der ArbeitnehmerInnen mit stabilen unbefristeten Arbeitsplätzen in der Kernbelegschaft und analog eine steigende Anzahl der WerkverträgerInnen, Free-Lancern sowie der eingekauften Leistungen von Solo-Selbstständigen (Crowdworker). Die Verfasstheit von Arbeit wandle sich durch technische Neuerungen tiefgreifend. Der ausführliche Bericht, die Folienvorträge und weitere Informationen sind unter <http://www.koop-hg.de/startseite/meldung/keine-menschenleere-fabriken> downloadbar.

Vortrag „Fleischkapitalismus – Moderne Sklavenarbeit in Niedersachsen?“

Matthias Brümmer von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) Oldenburg schilderte in seinem Vortrag am 18. März 2015 mit drastischen Worten die Situation in der deutschen fleischverarbeitenden Industrie. Eingeladen hatten die Kooperationsstelle und das Forum für Kultur und Politik.

So seien 2013 in Deutschland ca. 800 Millionen Schweine, Rinder und Vögel geschlachtet worden und der Umsatz der Branche stark angestiegen. Gleichzeitig sei der Anteil der sozialversicherten Beschäftigten zurückgegangen, mittlerweile betrage der Anteil der Stammbeflegschaft branchenweit lediglich ca. 62% mit deutlich niedrigeren Quoten in einzelnen Betrieben. Das Unterlaufen des Mindestlohtarifvertrags und Arbeit an sieben Tagen in der Woche und 10-20 Stunden täglich seien durchaus üblich. Die NGG fordert deshalb u.a. die verstärk-



te Überprüfung der Einhaltung des Mindestlohn-tarifvertrags, Höchstbegrenzungen von Leiharbeit und Werkverträgen in den Betrieben, eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Werkverträgen, klare Regeln für menschenwürdiges Wohnen und ein massiverer Einsatz der Strafverfolgung.

Die Folien des Referats können Sie sich hier herunterladen: <http://www.koop-hg.de/startseite/meldung/zahlreiche-misstaende-in-der-fleischindustrie-benannt>.

Vortragsreihe „Wege ins Paradies“

Die zweite Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Schritt für Schritt ins Paradies“ fand unter dem Titel „Europa des Kapitals oder Europa der Arbeit?“ am 20. April 2015 statt. Die Referent_innen Dr. Antonella Muzzupappa (Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin), Prof. Dr. Andreas Fisahn (Universität Bielefeld) und Wolfgang Lemb (geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, Frankfurt) forderten einen Politikwechsel in Europa.

Lt. Fisahn habe sich die EU u.a. durch die Beförderung von Standortkonkurrenz zwischen Staaten als neoliberales Projekt entpuppt. Als Rechtswissenschaftler sieht er einen Hebel für Veränderungen der aktuellen politischen Praxis beispielsweise gegenüber Griechenland in erforderlichen Änderungen der gültigen EU-Verträge.

Dr. Muzzupappa geht davon aus, dass die Syriza-Regierung in Griechenland sowohl gegen Steuerbetrug als auch gegen Armut kämpfe. Sie warf der EU vor, die Umsetzung dieses Programmes bewusst zu blockieren. Der griechischen Regierung müsse mehr Zeit für ihre Pläne gegeben werden.

Lemb forderte eine stärkere Beschäftigung der Gewerkschaften mit dem Thema Europa, eine Abkehr von der Austeritätspolitik, einen Sozialpakt für Europa und vor allem Anstrengungen, die Jugendarbeitslosigkeit in der EU zu verringern. Dies könne mit Hilfe eines durch eine Vermögensabgabe finanzierten „Marshallplan“ geschehen.

„Die Zukunft des Sorgens. Wie wollen wir leben? Wie wollen wir arbeiten?“ lautete der Titel der dritten Veranstaltung aus der Reihe am 11. Juni 2015. Es diskutierten Hannelore Buls (Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Berlin), Jutta Meyer-Siebert (Diplompsychologin und Geschlechterforscherin, Mitglied im Koordinierungskreis des Care Revolution-Netzwerks, Hannover) und Iris Nowak, Sozialökonomin (Schwerpunkt Sorgeverhältnisse) aus Hamburg.



Buls betonte die Bedeutung von gendergerechter Arbeit für die Gesellschaft. Unbezahlte Hausarbeit und Arbeit in geringer entlohnten Berufen sei für Frauen nach wie vor Alltag. Die Entgelte etwa im Pflegebereich müssten dringend verbessert werden.

Sorgearbeit brauche Zeit, so Meyer-Siebert, doch profitorientierte Pflegearbeit beschneide genau diese Zeit. Ferner seien noch immer zwei Drittel der meist von Frauen geleisteten Reproduktionsarbeit unbezahlt. Als Leitbild vertritt Meyer-Siebert dabei mit Frigga Haug die „Vier-in-einem-Perspektive“, die Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, Eigenzeit/Selbstentwicklung und Zeit für die politische Gestaltung der Gesellschaft gemeinsam in den Blick nimmt und geschlechtergerecht verteilt.

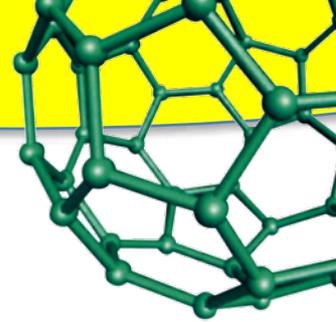
Nowak unterschied die drei Formen angestellte Lohnarbeit, Hausangestelltenarbeit und drittens unbezahlte (Haus- und Sorge-)Arbeit. In Anlehnung an Prof. Thomas Klie ist sie eine Verfechterin kleinräumiger wohnortnaher Versorgungsangebote, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren könnten.

Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften Hannover – Hildesheim an der Leibniz Universität Hannover

Klaus Pape und Darijusch Wirth
Wilhelm-Busch-Straße 22, 30167 Hannover
Tel.: 0511 762-19145 oder -19783

klaus.pape@zew.uni-hannover.de
darijusch.wirth@zew.uni-hannover.de

www.koop-hg.de
www.facebook.com/koopstelle
www.betrieblicherwandel.de



Kooperationsstelle Göttingen

Zeiterfassungsstudie LehrerInnen

2013 beschloss die neu gewählte Rot-Grüne Landesregierung Niedersachsens eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung von 23,5 auf 24,5 Regelstunden zum Schuljahr 2014/15, also zum 1. August 2014, ausschließlich für Gymnasiallehrerinnen und -lehrer. Die Landesregierung argumentierte, dass es sich lediglich um eine „Verschiebung der Arbeitszeit innerhalb einzelner Bereiche von Lehrertätigkeiten“ handele, nicht aber um Mehrarbeit, da ja die nicht festgelegten variablen Teile der Arbeitszeit „individuell reduziert“ werden könnten. Die GEW und der Philologenverband sahen darin hingegen eine Arbeitszeiterhöhung, da die vertraglichen Regelstunden bzw. die Unterrichtsverpflichtung am Ende die tatsächliche Arbeitszeit bestimmen.

Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat nun am 9. Juni 2015 einer Normenkontrollklage stattgegeben und diese Erhöhung der Regelstundenzahl auf 24,5 für rechtswidrig erklärt. Die Landesregierung habe es versäumt, „im Rahmen einer auch empirischen Studie die tatsächliche Belastung der niedersächsischen Lehrkräfte an Gymnasien zu ermitteln“ (PM des OVG Lüneburg vom 9.6.15) und daher willkürlich gehandelt.

Eine solche Arbeitszeiterhebung hatte die Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Georg-August-Universität Göttingen zusammen mit dem Umfragezentrum Bonn (uzbonn GmbH) der Universität Bonn im Auftrag der GEW Niedersachsen vor in Kraft treten der Erhöhung bereits Anfang 2014 in einer Pilotstudie an einem Hannoveraner Gymnasium durchgeführt.

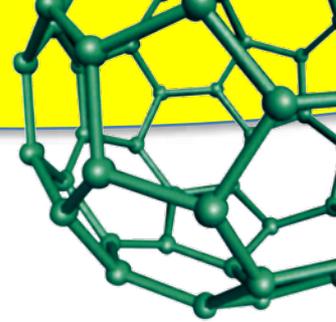
Um die Datenbasis repräsentativ zu verbreitern, wird nun aktuell eine Folgestudie sogar niedersachsenweit an allen Schulformen (GS, HRO, BBS, GY, IGS/KGS, Fös) durchgeführt. An ihr beteiligen sich an über 200 Schulen weit über 3.000 Lehrerinnen und Lehrer, die ein komplettes pädagogisches Jahr lang ihre Arbeitszeiten minutengenau erfassen. Erhebungszeitraum ist 13. April 2015 - 03. April 2016 inkl. aller Arbeits- und Ferienphasen.

Für die lokale Kommunikation in den Kollegien sorgen fast 500 Multiplikator/innen, die im Februar und März 2015 eingehend online (20%) bzw. in Präsenz (ca. 80%) zu Studiendesign, Tätigkeitskategorien und Eintragungsmethoden geschult und mit Materialien und Regelkommunikation vertraut gemacht wurden. Ferner werden durch den Aufbau eines intensiv genutzten Multiplikatoren-Forums die kontinuierliche Qualitätssicherung (Diskussion, Orientierung, Bindung etc.) und die optionale Erar-

beitung spezifischer Praxislösungen und Informationen sichergestellt. Bis Juni 2015 wurden in diesem Forum bereits zu über 200 Themen über 800 Beiträge geschrieben, auf die wiederum über 8.000 Zugriffe erfolgten.

Ziel der Landesstudie ist es, die tatsächlich geleistete Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer schulformspezifisch zu erfassen, nach Tätigkeiten zu systematisieren und mit einer kalkulierten Erwartungsgröße abzugleichen. Konkret wird das analog zur Beamtenarbeitszeit durch Regelungen und Verordnungen erwartete (individuelle) Arbeitspensum als SOLL-Arbeitszeit zum Benchmark der empirisch ermittelten tatsächlichen Werte (IST-Arbeitszeit). Zudem sollen die Entstehungsbedingungen von Unterricht empirisch durchdrungen und die Zusammensetzung der Lehrer/innenarbeit näher beleuchtet und differenziert werden. Schließlich werden auf individueller Basis die Voraussetzungen für eine rationale Arbeitsorganisation geschaffen: alle teilnehmenden Lehrkräfte können ihre individuellen Arbeitszeiten eingehend selbst analysieren. Erste Ergebnisse für die landesweite Studie sind im Sommer 2016 zu erwarten.

Mehr Informationen zur landesweiten Studie unter <http://arbeitszeit.gew-nds.de>



Den Ergebnisbericht der Pilotstudie „Zeiterfassung an der Teilkampfschule Hannover“ und weitere Materialien im Download unter www.kooperationsstelle.uni-goettingen.de/koop_2_12.html

Arbeiten in verteilten Teams – virtuelle Kommunikation

Das Modellprojekt „Wissenschaftliche Weiterbildung für KMU zu Kooperation und Führung in räumlich verteilten Teams („virtuelle Kommunikation“)" arbeitet inzwischen im fünften Jahr. Das Jahr 2014 war bereits komplett ungefördert, alle Maßnahmen wurden unter Vollkostenbedingungen realisiert.

Im Februar 2015 fand die 3. Fachtagung für Führungskräfte und Mitarbeiter/innen räumlich verteilter Teams, die mediengestützt kommunizieren, an der Georg-August-Universität Göttingen zu den Leitfragen statt: Wo liegen die Chancen, wie meistert man die Risiken?



Die Fachtagung beschäftigte sich u.a. mit **Herausforderungen und Lösungen bei der interkulturellen Zusammenarbeit, mit dem Umgang mit der Informationsflut und dem Management von Social Media im Unternehmen.** Engagiert arbeiteten 60 Tagungsteilnehmende an einem besseren Verständnis für die Herausforderungen und Synergien räumlich verteilter Zusammenarbeit. In Überblicksvorträgen und zwei Diskussionsrunden wurden Beiträge aus Unternehmen und aus der Forschung miteinander verbunden: Panel I (Lösungsorientierte Praxiserfahrungen) und Panel II (Wissenschaftliche Ansätze). Zusätzlich präsentierten ausgewählte Aussteller neueste Kollaborationstechnologien in einer kleinen Technik-Messe. <http://www.virtuelleteams.uni-goettingen.de>.

Virtuelles Beteiligungsmanagement

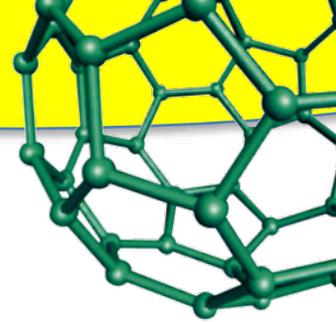
Im Auftrag der Personalentwicklung der Universität Göttingen hat die Kooperationsstelle ein Pilotprojekt zur Einführung eines virtuellen Beteiligungsmanagements durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen. Seitdem wird das virtuelle Beteiligungsmanagement nun im Anschluss an die dritte Welle der Mitarbeiterbefragung von 2014 eingesetzt. Wer sich für den Prozess oder die zum Einsatz kommenden Tools interessiert, kann Beispielprozesse mit typischen Funktionalitäten unter <http://mab-kom.uni-goettingen.de/beispielbrainstorming.php> einsehen. Weitere Informationen finden sich im öffentlichen Bereich der Projekt-Homepage unter <http://mab-kom.uni-goettingen.de>.



**Kooperationsstelle
Hochschulen & Gewerkschaften
der Georg-August-Universität Göttingen**

Dr. Frank Mußmann
Humboldtallee 15, 37073 Göttingen
Tel.: 0551 39-7468 oder -39 4756

kooperationsstelle@uni-goettingen.de
www.kooperationsstelle.uni-goettingen.de



Kooperationsstelle Oldenburg

Ausstellung:



Fotoausstellung im Vorraum der Uni-Bibliothek

Die Fotoausstellung „**Prekäre Arbeit – Prekäres Leben**“ vom ver.di Fototeam Hessen wurde am 5.2.2015 in der Bibliothek der Universität eröffnet. Prälat Monsignore Kossen vom Bischöflich Münsterschen Offizialat Vechta skizzierte in seinem Eröffnungsvortrag die Situation der osteuropäischen und vietnamesischen Arbeitskräfte in der Fleischindustrie in Süddoldenburg. Er appellierte an die gesellschaftliche Stärkung der Werte von Solidarität und Mitmenschlichkeit, die in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung an vielen Stellen nicht wahrnehmbar seien. Corinna Vahrenkamp vom Fototeam ver.di Hessen führte durch die Ausstellung und erläuterte das Zustandekommen der Ausstellung. Die Ausstellung wurde aus Anlass des 40jährigen Bestehens des Kooperationsvertrages Hochschule-Gewerkschaften gezeigt. Arbeitspolitik und die Veränderung der Arbeitsverhältnisse bleiben im Zentrum der Kooperation zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt.

Seminare Universität:

Im Sommersemester 2015 wurde von der Kooperationsstelle ein Seminar zur Auseinandersetzung mit der aktuellen Entwicklung in der Arbeitspolitik und deren sozial- und arbeitspolitischen sowie ökonomischen Einordnungen angeboten. Zentrales Thema des Seminars war die Einschätzung und Einordnung der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung zu arbeitspolitischen Themen.

Die Vorlesung „**Kollektives Arbeitsrecht**“ wurde ergänzt durch ein Seminar „**Zur Praxis betrieblicher Mitbestimmung**“. In Gesprächen mit Betriebsräten erforschten Studierende die Umsetzung kollektiven Arbeitsrechts mit verschiedenen Themenschwerpunkten in betrieblichen Akteurs- und Interessenkonstellationen.

Das im vierten Semester angebotene Seminar „**Arbeitswelt im Wandel**“ (als Kooperationsseminar verschiedener Lehrstühle koordiniert von der Kooperationsstelle) war auch in diesem Semester wieder gut besucht. Schwerpunkte waren diesmal die Prekarisierung von Arbeitsbedingungen und -verhältnissen in Wissenschaft und Industrie, Mindestlohn, Tarifeinheit und die Rolle von Interessenvertretungen bei der Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien in der chemischen Industrie.

Tagungen

40 Jahre Kooperationsvertrag Universität – Gewerkschaften

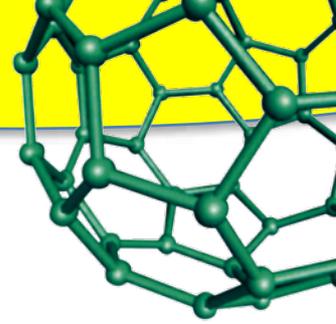
Am 17.12.1975 wurde der Kooperationsvertrag zwischen der Universität Oldenburg, dem DGB Landesbezirk Niedersachsen/Bremen und der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, Niedersachsen abgeschlossen.

Aus diesem Anlass veranstaltete die Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften am 13.2.2015 in den Räumen der Universität eine Tagung mit dem Titel: „**Elfenbeinturm Wissenschaft? Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung**“. Es ging dabei um Einblicke in die durchaus schwierigen Vorarbeiten und den Start dieses Vertrages – aber auch um mögliche Perspektiven für die Kooperation Wissenschaft – Arbeitswelt.



Zitate und Bilder zum Beginn der Kooperation Uni-Gewerkschaften in Oldenburg

In den Vorträgen und Grußworten wurden unterschiedliche Sichtweisen auf die Praxis der Kooperation zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt vorgestellt; diese ergänzt um Einblicke in die aktuelle Situation an der Uni Oldenburg bzw. an den Hochschulen insgesamt – mit dem erheblichen Anteil an befristeten Arbeitsverhältnissen, dem Bedarf an externer Finanzierung (Drittmittelaufkommen) und den Verbindungslinien zwischen Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis.



Als TagungsreferentInnen waren eingeladen:

- die Präsidentin der Universität Oldenburg: Prof. Dr. Katharina Al-Shamery
- der ehem. Leiter des Zentrums für Wissenschaftliche Weiterbildung und Vorsitzende des DGB Landesbezirks Sachsen-Anhalt: Dr. Jürgen Weißbach
- der Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie: Prof. Dr. Uwe Schneidewind
- die Ministerin für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen: Dr. Gabriele Heinen-Kljajić.

Der auffälligste Unterschied zwischen der Zeit des Vertragsabschlusses und heute besteht in der Ablehnung bzw. Akzeptanz solcher Kooperationsbeziehungen in den Wissenschaften und in der Öffentlichkeit. Scheiterte 1975 noch der erste Vertragsentwurf an Bedenken aus Politik (mit Debatten im Bundes- und Landtag) und Gewerkschaften bevor dann zum Ende des Jahres 1975 ein veränderter Vertrag unterschrieben wurde, so verlaufen diese Auseinandersetzungen heute viel weniger öffentlich und spektakulär. Grundsätzlich ist die Verbindung von Wissenschaft und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen heute weitgehend akzeptiert. Der Praxisbezug ist eine Verpflichtung, die sowohl bei der Veränderung der Studienstruktur in Bachelor/Master Abschlüsse vorgegeben wurde als auch in zahlreichen Kooperationsformaten mit Unternehmen umgesetzt wird. Die Wissenschaft-Praxis Kooperation wird weniger als Bedrohung, denn als Chance für beide Seiten verstanden. Die Differenzen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Sphären oder Institutionen bleiben allerdings bis heute bestehen.

Als Resümee der Tagung ist festzustellen, dass die Kooperation Wissenschaft – Arbeitswelt als Beispiel für die Ermöglichung von Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung gelten kann; diese Formen der Zusammenarbeit sind keine Bedrohung der Freiheit der Wissenschaften, sondern sie



*Ministerin für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen:
Dr. G. Heinen-Kljajić*

ermöglichen erst diese Freiheit im Geist einer gesellschaftlichen Verständigung.



Jubiläumstagung 40 Jahre Kooperationsvertrag

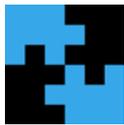
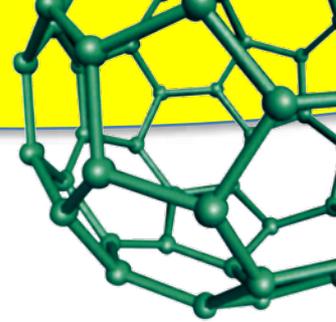
Am 2.3.2015 referierte Bernd Lange, Mitglied des EU Parlaments und Vorsitzender des Handelsausschusses zum Thema „**TTIP geheim!?**“ auf Einladung der Kooperationsstelle und des Centre for Europeanisation and Transnational Regulations Oldenburg. Im voll besetzten Senatssaal der Universität wurde intensiv über die umstrittenen Schiedsstellen in Handelsverträgen, die Transparenz der Verhandlungen und die Positionen von Parteien und Parlamenten zu Handelsverträgen wie TTIP, TISA und CETA diskutiert.

Das **Forum Berufsbildung** findet einmal im Jahr zur Diskussion aktueller Themen der dualen Berufsbildung statt. Das Forum wird von der Kooperationsstelle in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Dietmar Frommberger von der Universität Magdeburg und Prof. Dr. Karin Rebmann, Universität Oldenburg organisiert. Die Veranstaltungen werden von der IHK Oldenburg, der HWK Oldenburg und der LWK unterstützt und inhaltlich mit geplant. Im diesjährigen Forum wurden am 10.6. verschiedene Aspekte zur aktuellen Lage auf dem Ausbildungsmarkt und die Frage der Attraktivität der Dualen Berufsausbildung diskutiert.

**Kooperationsstelle
Hochschule-Gewerkschaften
an der Carl von Ossietzky Universität
Oldenburg**

Harald Büsing
Ammerländer Heerstr. 121, 26129 Oldenburg
Tel.: 0441 798-2909

harald.buesing@uni-oldenburg.de
www.kooperationsstelle.uni-oldenburg.de



Kooperationsstelle Osnabrück

Europäische Integration

In der 1. Jahreshälfte arbeitete die Kooperationsstelle gemeinsam mit der BV ARBEIT UND LEBEN und Prof. Dr. Hajo Holst von der Universität Osnabrück an einem neuen EU-Projektantrag mit dem Titel **„Europa in Balance bringen – Qualität der Arbeit in der Nachhaltigen Wirtschaft“**. Die Projektidee verbindet die Diskussion um die europäischen Arbeitsbeziehungen mit dem Zukunftsthema einer nachhaltigen (ökologischen) Wirtschaftsweise. Angestrebt wird die Zusammenarbeit von ca. 20 Projektpartnern aus dem In- und Ausland. Im Falle einer Bewilligung würde die Laufzeit (12/2015 – 12/2017) 24 Monate umfassen. Eine Entscheidung darüber wird für November 2015 erwartet.

Am Vorabend der Jahrestagung (12. März) wurde mit dem spanischen Gewerkschafter Ricard Bellera-Kirchhoff ein Workshop mit dem Titel **„Spanien in der Europakrise – Eine Herausforderung nicht nur für spanische Gewerkschaften“** durchgeführt. Mit 25 gewerkschaftlichen Multiplikatoren konnte intensiv über den Abbau von Arbeitnehmerrechten als Maßnahme zur Krisenlösung diskutiert und die Frage erörtert werden, warum diese Politik auch für Deutschland eine große Bedeutung hat.

„Europa auf dem falschen Weg?“ war die 15. Jahrestagung am 13. März überschrieben, mit der gleichzeitig das Jubiläum **„20 Jahre Kooperationsvertrag in Osnabrück“** begangen wurde. Drei Referate beleuchteten die im Untertitel vorgeschlagene **„Kurskorrektur für ein soziales Europa“**. Ricard Bellera-Kirchhoff von der Gewerkschaft CC.OO aus Barcelona analysierte die soziale Lage in Spanien seit Beginn der Europakrise im Jahr 2008 und forderte eine grundlegend andere Krisenpolitik durch die EU. Frank Schmidt-Hullmann von der IG BAU kam durch die Betrachtung der Arbeitsbedingungen und der Lohnentwicklungen in Europa zu der Überzeugung, dass die EU vornehmlich Unternehmerinteressen mit ihrer Politik bediene. Und der Europaexperte Prof. Dr. Klaus Busch, ehemals Universität Osnabrück, listete zahlreiche Indizien dafür auf, dass Europa sich auf direktem Weg in einen neuen Finanzcrash befinde. Alle drei Referate



renten sahen die Chance einer tiefgreifenden Krisenbewältigung und damit perspektivisch den Fortbestand der Europäischen Union nur in einem radikalen Politikwechsel.



Jahrestagung / „20 Jahre Kooperationsvertrag in Osnabrück“: mehrere Hundert Teilnehmende folgten interessiert den Vorträgen.

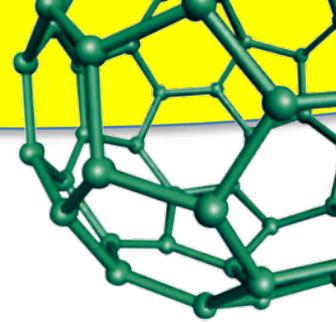
Der Jubiläumsteil stand unter der Überschrift **„Beziehungsstress oder Leidenschaft?“**. Dr. Klaus Kock von der Kooperationsstelle Dortmund analysierte den Dialog zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt zunächst wissenschaftlich und überschrieb seinen Beitrag mit **„Im Dialog mehr erreichen...“**. Im Anschluss reflektierten langjährige Beiratsmitglieder über die Perspektiven eines systematischen Theorie-Praxis-Dialog.

Die Kooperationsstelle arbeitet auch weiterhin im **„EU-Beirat“** des verdi-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen mit. Im Mittelpunkt der Arbeit stand das internationale Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen („TISA“), zu dem eine Informationsbroschüre erarbeitet wurde.

Regionale Sozialpolitik und Europa

Mit der Organisation und Begleitung des regionalen Netzwerks **„Osnabrücker Sozialkonferenz (OSK)“** realisiert die Kooperationsstelle den Dialog zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt zu sozialpolitischen Themen und deren konkreten Bezug zur Region. Kernstück des Netzwerks ist der Arbeitskreis **„Forum für soziale Gerechtigkeit“**, der in monatlichen Treffen alle Aktivitäten inhaltlich und organisatorisch vorbereitet. Insbesondere die Organisation wissenschaftlicher Expertise gehört zu den besonderen Aufgaben der Kooperationsstelle.

Am 25. April fand die 26. Osnabrücker Sozialkonferenz zum Thema **„Altersarmut auch in Osnabrück? – Ursachen, Entwicklung, Handlungsmöglichkeiten“** statt. Im Mittelpunkt stand eine entsprechen-



de Studie für die Nachbarstadt Münster, deren Ergebnisse auch für Osnabrück große Bedeutung hat. Björn Wendt von der Universität Münster stellte als Mitautor die Untersuchung vor und beleuchtete auch die Frage nach den kommunalen Handlungsmöglichkeiten. Diese seien zwar durchaus vorhanden, aber in ihrer Wirkung eher begrenzt.



Aus der Ursachenanalyse folge sehr eindeutig, dass das Vermeidungspotential von Altersarmut eindeutig eher in Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik und damit in der Verantwortung der Bundespolitik liege.

Der 2. Teil der Konferenz thematisierte dennoch primär lokale Ansätze zur Abmilderung der Folgen von Armut im Alter. Mit der Referentin Susanne Hallermann und der von ihr geleiteten „Initiative gegen Armut durch Pflege“ wurde das Armutsrisiko Pflege in den Blickpunkt gerückt, und mit Anette Herlitzius vom Seniorenbüro der Stadt Osnabrück und einem Vertreter einer Stadtteil-Nachbarschaftshilfe konkrete Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene als best-practice vorgestellt.

Auf Einladung der Kooperationsstelle trafen sich am 20. Mai 12 Organisationen zu einer 1. Gesprächsrunde über mögliche gemeinsame Aktivitäten im Rahmen der „Osnabrücker Ermutigung“.



In Anlehnung an entsprechenden Erklärungen der Landesarmutskonferenz (LAK) thematisiert die „Ermutigung“ die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen und setzt sich für eine Umverteilung ein. Ziel der Gesprächsrunde war die Gründung eines lokalen Netzwerkes und die Verabre-

dung einer gemeinsamen Veranstaltungsreihe zu Verteilungsfragen. Auf der Basis der örtlichen Gliederungen der Mitgliedsorganisationen der LAK wird ein breiter lokaler Trägerkreis angestrebt. Die Eröffnungsveranstaltung der „Reihe“ soll im Oktober stattfinden.

Weiterhin ist die OSK am Runden Tisch Kinderarmut der Stadt Osnabrück beteiligt. Das Gremium geht auf einen Vorschlag der OSK zurück und hat eine beratende Funktion für den Stadtrat.

Studierendenarbeit & Hochschulpolitik

Die Kooperationsstelle arbeitet in diesem Arbeitsschwerpunkt mit verschiedenen hochschulpolitischen Akteuren zusammen. Besondere Bedeutung haben das örtliche Hochschulinformationsbüro (hib), die gewerkschaftliche Studierendengruppe, die HBS-Stipendiatengruppe, der GEW-Arbeitskreis Hochschule sowie die Asten der beteiligten Hochschulen.

Am 26. März wurde in Zusammenarbeit mit der GEW eine Veranstaltung zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz durchgeführt. Arne Karrasch von der GEW Hannover stellten den konkreten Veränderungskatalog zum Gesetz vor, den die GEW der Politik übermittelt hat und referierte ausführlich über die prekären Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen.

Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften in Osnabrück

Manfred Flore
August-Bebel-Platz 1, 49074 Osnabrück
Tel.: 0541 33807-1814 und -1816

kontakt@kooperationsstelle-osnabrueck.de
www.kooperationsstelle-osnabrueck.de